69. Jahrgang. № 411

Mittwoch, 8. Oktober 1924

Dresdner Nachrichten

Gegründet 1856

Drahtanschrift: Nachrichten Dresden.
Fernsprecher-Sammelnummer: 25 241.
Nur für Nachtgespräche: 20 011.

Bezugs-Gebühr vom 1. bis 15. Oktober 1924 bei tägl. zweimaliger Zustellung frei Haus 1,50 Goldmark. Postbezugspreis für Monat Oktober 3 Goldmark. Einzelnummer 10 Goldpfennig.

Anzeigen-Preise: Die Anzeigen werden nach Goldmark berechnet; die einspaltige 30 mm breite Zeile 30 Pfg., für auswärts 35 Pfg. Familienanzeigen und Stellengesuche ohne Rabatt 10 Pfg., außerhalb 20 Pfg., die 90 mm breite Reklamezeile 150 Pfg., außerhalb 200 Pfg. Offertengebühr 10 Pfg. Usw. Aufträge gegen Vorausbezahl.

Schriftleitung und Hauptgeschäftsstelle: Marienstraße 38/40.
Druck u. Verlag von Liepsch & Reichardt in Dresden.
Postscheck-Konto 1068 Dresden.

Nachdruck nur mit deutlicher Quellenangabe („Dresdner Nachr.") zulässig. — Unverlangte Schriftstücke werden nicht aufbewahrt.

Anerkannte — 2mal auf dem Felde von anerkennender Körperschaft besichtigte
Saatkartoffeln Original- und Nachbauten sächs., nord- u. ostdeutschen Wachstums
Kreditfrage gelöst!
Landessaatbauverein für Sachsen
rechtsfähiger Verein kraft staatlicher Verleihung
beim Landeskulturrat, Dresden-A. 24
Fernspr. 42547 u. 43247 Winckelmannstr. 4 (am Hauptbahnhof)

Frankreichs und Belgiens Anleihe-Anteil.

Die französischen Bankiers wollen 3, die belgischen 1,5 Millionen Pfund übernehmen.

Uebergabe der Richtlinien des Reichskanzlers an die Fraktionen. — Antritt des Amerikafluges des „Z. R. III" am Donnerstag.

Herriots Besprechungen mit Bankiers.

Paris, 7. Okt. Heute vormittag hat im Quai d'Orsay unter dem Vorsitz von Herriot eine Konferenz von Bankiers stattgefunden, an der auch Finanzminister Clementel teilnahm. Gegenstand der Beratungen war die Durchführung des Sachverständigenplanes, namentlich im Hinblick auf die Beteiligung Frankreichs an der 800-Millionen-Anleihe. Eine Delegation, bestehend aus dem französischen Vertreter im Sachverständigenkomitee, Parmentier, und dem Bankier Sergeant von der Union Parisienne und Sidon von der Société Général, wird sich nach London begeben, um mit den englischen Finanzleuten und dem Reichsfinanzminister Dr. Luther sowie dem Reichsbankpräsidenten Dr. Schacht zu verhandeln. Wie der „Temps" mitteilt, schätzt man den Anteil, der auf Frankreich fallen soll, in unterrichteten Kreisen auf 30 Millionen Goldmark.

Paris, 7. Okt. Wie „Journal des Débats" berichtet, **hätten die heute vormittag unter dem Vorsitz des Ministerpräsidenten vereinigten Bankiers erklärt, es sei möglich, in Frankreich drei Millionen Pfund Sterling als Anteil an der deutschen 800-Millionen-Anleihe unterzubringen. Auf der Grundlage dieser Erklärungen würden in London seitens der französischen Delegation die Verhandlungen geführt werden.** (W. T. B.)

1,5 Millionen Pfund belgischer Anteil der Anleihe.

Brüssel, 7. Okt. Infolge der Londoner Verhandlungen ist der Anteil Belgiens an der 800-Millionen-Anleihe auf 1,5 Million Pfund Sterling festgesetzt worden.

Brüssel, 7. Okt. Ministerpräsident Theunis lud die Vertreter der belgischen Großbanken zu einer Aussprache ein, in der er ihnen auseinandersetzte, in welchem Maße Belgien an dem Erfolge der 800-Millionen-Anleihe interessiert sei. Auf den ausdrücklichen Wunsch Theunis' versprachen die Bankvertreter der Regierung ihre Unterstützung. Eine neue Zusammenkunft findet morgen statt, um die Modalitäten der Beteiligung Belgiens festzulegen. (W. T. B.)

Frankreichs Hochschutzzoll und die Pariser Verhandlungen.

Raynaldy an die französischen Wirtschaftsvertreter.

Paris, 7. Okt. Handelsminister Raynaldy hielt heute vor den Mitgliedern des beratenden Ausschusses für Handel und Industrie eine Rede über die Verteuerung der Lebensmittel, in deren Verlaufe er sich auch über die Handelsvertragsverhandlungen aussprach. Der Minister sagte: Das Zollregime eines Landes kann, wenn es schlecht ist, einen Einfluß auf die gesamte Lebensmittelteuerung haben. Der Zolltarif muß die Industrie schützen, ohne die Landwirtschaft durch zu hohe Materialpreise allzusehr zu belasten. Daraus erklärten sich die Schwierigkeiten für die, die im Namen Frankreichs die Aufgabe haben, die richtige Grenze festzulegen und sie von den anderen kontrahierenden Nationen anerkennen zu lassen.

Was das deutsch-französische Handelsabkommen anbetrifft, so erkennen die französischen Unterhändler ihre schwere Verantwortung. Sie schließt den Wunsch aus, um Frankreich etwa eine chinesische Mauer aufzurichten, Prohibitivzölle und einen übertriebenen Schutzzoll zu fordern. (?) Aber auf der anderen Seite besteht der Wunsch der Unterhändler, die Zölle den Bedürfnissen der Industrie anzupassen, und um diese Bedürfnisse genau abzuschätzen, muß man die nötigen Auskunftsmittel zur Verfügung haben. Der Handelsminister erklärte dann, die Zusammensetzung der französischen Sachverständigenkommission für die deutsch-französischen Handelsvertragsverhandlungen sei scharf kritisiert worden; nicht nur einzelne Industrien und der Handel, sondern auch die Landwirtschaft hätten sich beschwert. Diese Befürchtungen seien durchaus ungerechtfertigt. **Keine Industrie würde geopfert, und auch die Landwirtschaft und der Handel könnten auf die Wahrung ihrer Interessen rechnen.**

Aufhebung der pfälzischen Ausweisungen.

Zwei bleiben ausgewiesen.

Mannheim, 7. Okt. **Durch Verhandlungen, die der Regierungspräsident der Pfalz in den letzten Tagen mit der Interalliierten Rheinlandkommission in Koblenz und der Provinzdelegation in Speyer gepflogen hatte, wurde erreicht, daß für sämtliche seit Beginn des passiven Widerstands aus der Pfalz ausgewiesenen Personen mit Ausnahme von Zweien, die Ausweisungen aufgehoben wurden. Die unter ihnen befindlichen Beamten dürfen ihren früheren oder einen anderen Dienst in der Pfalz wieder aufnehmen.** (W. T. B.)

Der französische Kirchenkampf.

Paris, 7. Okt. **Der Erzbischof von Bordeaux, Kardinal Andrieu, erläßt eine Kundgebung, in der er sich gegen die Politik Herriots wendet und erklärt, die französischen Katholiken sollten sich nicht durch Versprechungen einschläfern lassen und nicht nur für Elsaß-Lothringen, sondern auch für die anderen französischen Provinzen eine organisierte disziplinierte Kampagne gegen die Laiengesetze unternehmen.**

Die Richtlinien des Reichskanzlers.

Die Grundlage für die heutigen Fraktions-Verhandlungen.

(Drahtmeldung unsrer Berliner Schriftleitung.)

Berlin, 7. Okt. Die vom Reichskanzler entworfenen und vom Reichskabinett gutgeheißenen Richtlinien für die künftige Führung der äußeren und inneren Politik sind heute nachmittag den Fraktionen des Reichstags übergeben worden. Als selbstverständliche Voraussetzung für eine Koalition der Volksgemeinschaft wird das

grundsätzliche Bekenntnis zur gegenwärtigen Staatsform und zur Weimarer Verfassung

erklärt. Die wichtigste Grundlage zur Führung der äußeren Politik soll das Londoner Abkommen sein. Die loyale Durchführung des Dawes-Gesetzes ergibt sich daraus als selbstverständlich. Innerpolitisch soll eine gerechte Verteilung der steuerlichen Lasten erfolgen unter Berücksichtigung der sozial schwächeren Schichten der Bevölkerung. Auch auf den Zolltarif und die Wirtschaftsfragen erstrecken sich die Richtlinien.

Das Programm ist nur in ganz großen Umrissen gezeichnet. Detailverhandlungen sind eventuell für ein späteres Stadium vorbehalten. Zu diesen Richtlinien sollen die Fraktionen morgen Stellung nehmen.

In der Frage der Regierungsumbildung ist im Laufe des heutigen Tages ein neues Moment nicht zu verzeichnen. Es überwiegt die Ansicht, daß die Aktion des Reichskanzlers scheitern und es zur Auflösung des Reichstags kommen wird.

Unerhörte Provokation der Pazifisten.

Basch soll noch einmal in Potsdam sprechen!

(Drahtmeldung unserer Berliner Schriftleitung.)

Berlin, 7. Okt. Zu der Erklärung des Franzosen Basch, daß er trotz des Verbotes der bayrischen Staatsregierung auch in Nürnberg sprechen wolle, wird mitgeteilt, daß zwar die Versammlung der Liga für Menschenrechte in Nürnberg nicht verboten, **es dem Franzosen aber unter keinen Umständen erlaubt würde, in Nürnberg öffentlich zu sprechen.** Es steht ihm lediglich frei, als Privatmann nach Nürnberg zu fahren. — In Kreisen, von denen anzunehmen ist, daß sie in diesem Falle gut unterrichtet sind, verlautet mit aller Bestimmtheit, daß die Pazifisten und Sozialisten **eine neue, und zwar diesmal „tatsächlich öffentliche" Versammlung mit dem Franzosen Basch in Potsdam planen,** für die vorläufig der 15. oder 16. Oktober in Aussicht genommen worden ist, um bis dahin die nötigen organisatorischen Vorbereitungen zu treffen.

Die Volkspartei gegen die Potsdamer Herausforderung.

Eine Landtagsanfrage.

(Drahtmeldung unsrer Berliner Schriftleitung.)

Berlin, 7. Okt. Das Auftreten des Franzosen Basch in Potsdam hat die Fraktion der Deutschen Volkspartei im preußischen Landtag zum Gegenstand einer Anfrage gemacht, in der es heißt:

Das Auftreten des französischen Pazifisten Basch in Potsdam hat auf weite Kreise des preußisch-deutschen Volkes wie eine Herausforderung gewirkt, denn Potsdam ist mehr als jede andere Stadt eine Art Nationalheiligtum, von dem aus Preußens Aufstieg begonnen hat. Jetzt in dieser Zeit dort einen Franzosen sprechen zu lassen, bezeugt einen bedauerlichen Mangel an Verständnis aller an dieser Veranstaltung Beteiligten für die seelische Einstellung unseres Volkes. Das preußische Staatsministerium wird dann gefragt, ob es bereit sei, in Zukunft beizeiten dafür Sorge zu tragen, daß das preußisch-deutsche Nationalempfinden durch derartige Herausforderungen nicht wieder unnötig verletzt werde.

Immer wieder der Abbau Scheidemanns und Leinerts.

Berlin, 7. Okt. Der preußische Minister des Innern hat erneut in den Fällen des Abbaus der sozialdemokratischen Oberbürgermeister Scheidemann und Leinerts eingegriffen. Minister Severing hat die **Regierungspräsidenten angewiesen, auch die neuen Abbaubeschlüsse der Stadtverordneten in Kassel und Hannover zu beanstanden.**

Links und rechts in unserer engeren Heimat.

Ruck nach links in der Sozialdemokratie und Ruck nach rechts im Bürgertum: so stellt sich die innere Lage in Sachsen dar in dem Augenblick, wo der Landesparteitag der Sozialdemokratie, dessen Zusammentritt noch in diesem Monat bevorsteht, sich anschickt, wieder Regsamkeit in das politische Leben zu bringen, nachdem wir uns innerhalb der weißgrünen Grenzpfähle einer längeren, sehr wohltuend empfundenen Schonzeit auf diesem Gebiete zu erfreuen gehabt haben. Wenn nicht alle Anzeichen trügen, dürfte der Landesparteitag den Auftakt zu einem Angriff gegen den Bestand der gegenwärtigen Regierung bilden. Während sich im Reiche der innenpolitische Kampf in der Weise abspielt, daß die zielbewußten bürgerlichen Kreise die Erweiterung der Regierung nach rechts verlangen, geht in Sachsen der Vorstoß von den Kommunisten in Verbindung mit den radikalen Sozialisten aus, welche die bestehende Koalition aus Bürgerlichen und gemäßigten Sozialisten stürzen wollen, um sich selbst an deren Stelle zu setzen. Diese Bewegung ist bezeichnend für die Eigenart der politischen Verhältnisse in unserer engeren Heimat. Die Kommunisten sind dort, begünstigt durch den unruhigen Charakter der ausgedehnten industriellen Bevölkerung, besonders stark und lassen mit ihrer unausgesetzten geheimen und offenen Agitation in den Arbeitsstätten, Gewerkschaften und Betriebsräten keinen Augenblick locker. Die Tatsache, daß sie dadurch der gemäßigten Sozialdemokratie in gewissen Kreisen der Arbeiterschaft mehr oder minder empfindlichen Abbruch tun, hat zur Folge, daß der kommunistische Radikalismus auf den linken Flügel der sächsischen Sozialdemokratie abfärbt und diesen zum Wetteifer in der Umschmeichelung der groben Masseninstinkte verführt. Auf Grund dieser Entwicklung werden die sozialdemokratischen Mitglieder in der Regierung immer mehr in eine isolierte Stellung hineingedrängt, in der sie schließlich überhaupt keinen parteipolitischen Halt mehr finden können. Dieser Ruck nach links wird auf dem Landesparteitag voraussichtlich dadurch zum Ausdruck kommen, daß die radikale Mehrheit den in der Regierung sitzenden Genossen das Vertrauen abspricht, um so die Koalition zu sprengen und den Weg zu einer dem Linksradikalismus genehmen Regierungsbildung frei zu machen. Daß eine solche Verbindung zwischen radikaler Sozialdemokratie und Kommunisten sehr bald zum Verhängnis der ersteren würde, daß die radikalen Sozialisten unweigerlich vor den kommunistischen Bundesbrüdern kapitulieren und ihnen ganz das Feld überlassen müßten, kümmert diese Elemente nicht. Die alte Erfahrung, daß der Radikale immer von dem noch Radikaleren gefressen wird, ist ihnen Hekuba; sie leben nur für den agitatorischen Erfolg des Tages und denken nicht an die Zukunft. Die Kommunisten, die sich nach den Fleischtöpfen der Zeigner-Herrlichkeit zurücksehnen, sind sehr eifrig im Werben für ihre Sache und machen sich den Sozialisten besonders unangenehm dadurch bemerkbar, daß sie dem Reichsbanner Schwarz-rot-gold die sozialistischen Anhänger entziehen. Die Moskauer Zentrale hat zwar die Losung ausgegeben: „Keine Koalition mit Sozialdemokraten!" Diese Verhaltungsmaßregel scheint aber bei der sächsischen Leitung der Kommunisten keine unbedingte Gegenliebe mehr zu finden. Die Richtung Brandler ist zwar in Moskau förmlich und feierlich in Acht und Bann erklärt worden, aber Brandler, der unter Zeigner groß geworden war, denkt nicht daran, „sich löblich zu unterwerfen", sondern hält es offenbar für annehmlicher und ersprießlicher, wenn er und die Seinigen wieder den Versuch machen, in Sachsen mit Hilfe der radikalen Sozialisten ans Staatsruder zu gelangen.

Wie ernst das Handinhandarbeiten der radikalen Sozialisten mit den Kommunisten zu nehmen ist, zeigt die Veränderung des innenpolitischen Schwerpunktes, die sich seit dem Sommer dieses Jahres vollzogen hat. Damals konnte der jetzigen Koalition von demokratischer Seite noch nachgerühmt werden, daß sie „innerlich homogen und einig in dem Willen sei, einen dicken Strich durch die „Errungenschaften" des Systems Zeigner zu machen und die Linie des politischen Ausgleichs zwischen sozialistischer Arbeiterschaft und Bürgertum zu ziehen". Unmittelbar darauf aber machte sich bereits das Gefahrenmoment bemerkbar, das in dem Hinzutritt der radikalen Fraktionsminderheit zu der gemäßigten Mehrheit gegeben war. Die 15 Genossen um Arzt, die auf dem sozialistischen Reichsparteitag in Berlin eine eklatante Niederlage erlitten hatten, fühlten sich in ihrer Vereinsamung auf die Dauer ungemütlich und suchten deshalb bei der Fraktionsmehrheit wieder Unterschlupf, der ihnen denn auch großmütiger, aber kurzsichtiger Weise gewährt wurde. Zum Danke

SLUB
Wir führen Wissen.